

## **Morsbach. Zukunft im Blick.**

So lautete einer unserer Vorschläge für einen Slogan für Morsbach, den wir der Verwaltung 2015 gerne als Motto zur Verfügung gestellt haben, aber auch als Leitlinie für uns selbst sehen.

### **Morsbach zuerst.**

Gerne würden wir das wohlbekannte Zitat aus dem Repertoire des amerikanischen Präsidenten leicht abgewandelt auch für Morsbach anwenden, müssen uns aber der Realität und damit externen Einflussfaktoren stellen. Kommunen benötigen für ihr Handeln zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger und als Grundvoraussetzung ihrer kommunalen Selbstverwaltung eine angemessene Finanzausstattung, die von Steuern und Abgaben einerseits und ihren öffentlichen Aufgaben andererseits definiert wird, das ist in Grundgesetz und Landesverfassung geregelt. Das Ziel, den in der NRW-Gemeindeordnung festgelegten ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, wurde Morsbach auch 2017 erheblich erschwert. Nachdem wir in den Jahren 2015-2017 für den **Kommunalen Stärkungspakt** der rot-grünen Landesregierung ca. 1.000.000,00 € an andere Gemeinden zahlen mussten, wurden diese Zahlungen von der neuen Landesregierung aus CDU/FDP nach ihrer Wahl im Mai 2017 und Klagen zahlreicher betroffener Gemeinden für 2018 umgehend abgeschafft. Die verkappte Steuererhöhung wurde nur nach aktuellen Gewerbesteuererträgen berechnet, Ausgaben oder Haushaltsdefizite aber nicht berücksichtigt und selbst Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept mit dazu herangezogen. Daneben wurde die **Integrationspauschale** zur Eingliederung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die gemäß Bundestagsbeschluss im Oktober 2016 an die Länder zur Weiterleitung an die Kommunen für die Jahre 2016 bis 2018 gingen, in NRW von der Landesregierung im Landeshaushalt einbehalten. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern kamen diese Mittel aus der Erhöhung des Umsatzsteuer-Länderanteils zu Lasten des Bundes in NRW-Kommunen erst gar nicht an, auch für 2018 sind diese Gelder im Landeshaushalt bereits verplant und eine zweckgebundene Verwendung nicht mehr möglich.

Für Morsbach ist die Neufassung des **Landesentwicklungsplans** (LEP NRW) vom 08.02.2017, der die Interessen der verschiedenen Nutzergruppen regelt, besonders wichtig. Er regelt überregional und bereichsübergreifend die miteinander konkurrierende Schaffung von Flächen für Wohnraum, Industrie, Verkehrs- und Energieinfrastruktur, aber auch für Land- und Forstwirtschaft und Erholung. Da er die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Vorgaben für die weiteren Planungsebenen wie Regional- und Bauleitpläne festlegt, ist er für Morsbach als Industriestandort von großer Bedeutung. Die gegenüber dem Ursprungsentwurf von 2013 deutlich wirtschaftsfreundlichere Planung räumt uns größeren Spielraum ein, nachdem er von Wirtschaft und Politik teilweise stark kritisiert wurde. Die alte Version enthielt die klare **Benachteiligung des ländlichen Raums** durch Einschränkung bei der Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen. In der Überarbeitung des Regionalplans müssen die für Gewerbeflächen in Morsbach veranschlagten 16 ha festgeschrieben sein. Die Bevorzugung der Metropolregionen durch höhere Eingruppierung der Einwohner bei Landeszuweisungen muss ebenfalls überarbeitet werden. Dadurch ergibt sich für sie ein deutlicher Standortvorteil.

### **Unser Blick auf den Haushaltsentwurf 2018 und die Beschlussvorlagen zu den Realsteuern**

Für 2018 wird ein Jahresfehlbetrag von 1.653.954,00 € erwartet, auch die Haushaltsentwicklung für 2017 gestaltet sich trotz der im März 2017 erlassenen Haushaltssperre als noch weniger erfreulich.

#### **Gewerbesteuer**

Trotz hervorragender Randbedingungen und der positiven wirtschaftlichen Entwicklungen sind die Gewerbesteuererträge in Morsbach so massiv weggebrochen, dass Ende 2017 ein Haushaltsdefizit von 8.500.000,00 € erwartet wird. Daher werden wir dem Beschlussvorschlag zur Erhöhung des Gewerbesteuerersatzes von 450% auf 470% zustimmen, zumal er sich seit 2004 nicht verändert hat.

#### **Grundsteuer A**

Die vorgeschlagene Erhöhung auf 430% werden wir aufgrund der Deckung der Kosten für die Pflege und Instandhaltung der Forstbetriebswege mittragen.

#### **Grundsteuer B**

Dem Verwaltungsvorschlag zur Erhöhung der Grundsteuer B von bisher 515% auf 525% werden wir nicht folgen, da die alle Morsbacher Bewohnerinnen und Bewohner betreffende Steuer 2015 bereits um 65% auf 495% und 2017 auf 515% angehoben wurde.

#### **Stellenplan**

Die CDU-Fraktion wird den Stellenplan 2018 ablehnen, da für Mitte Januar 2018 die Ergebnisse der aufwendigen Organisationsuntersuchung durch ein Beratungsunternehmen erwartet werden und diese wegen ihrer Haushaltswirksamkeit in den Stellenplan mit einfließen sollten.

## Unser Blick in die Zukunft

Mit Freude registrieren wir die **Rückzahlungen** des Landschaftsverbandes Rheinland an die oberbergischen Kommunen nach Beschluss vom 30.06.2017, die aus den nicht mehr benötigten Rückstellungen des Bereichs „Integrationshelfer“ stammen und zu 100% weitergeleitet werden. Für Morsbach bedeutet das allein eine Summe von 321.000,00 €. Nach einer weiteren Senkung der Landschaftsumlage am 08.12.2017 schlägt die Kreisverwaltung vor, weitere Rückerstattungen an die Kommunen im Kreisgebiet anzuweisen. Über deren Weitergabe entscheidet der Kreistag am 14.12.2017 - hoffentlich im Sinne der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Insgesamt werden an die OBK-Kommunen ca. 17.900.000,00 € für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 weitergeleitet. Der Kreis zeigt mit diesem Vorgehen, dass es auch anders geht und Rückzahlungen erfolgen. Das für Morsbach befürchtete Abrutschen in die Haushaltssicherung kann so wahrscheinlich vermieden werden. Im Kreishaushalt selbst werden durch die Umlageverbesserungen nur bereits erkennbare Risiken und Haushaltsverschlechterungen 2018 ausgeglichen. Weiterhin sieht die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eine **Entlastung der Kommunen** durch die Länder vor, bereits ab 2018 werden vom Bund dafür 7.000.000.000,00 Euro bereitgestellt. Außerdem soll es ab Mitte 2018 bei der Flüchtlingssituation unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung eine Anschlussregelung durch den Bund geben.

## Unser Blick auf aktuelle Planungen

Das auf einen CDU-Antrag zurückgehende Förderprogramm „**Integriertes Handlungskonzept**“ für den Hauptort Morsbach realisiert 2018 die ersten baulichen Maßnahmen, am 26.09.2017 wurde der Förderbescheid für den Projektförderantrag durch die Bezirksregierung Köln erteilt. Die Veranschlagungen für die zu 50% förderfähigen Projektkosten belaufen sich auf ca. 20.000.000,00 € bei einer Maßnahmendauer von 5 Jahren, wovon für 2018 eine Summe in Höhe von 2.040.000,00 € im Haushalt angesetzt ist. Der Start erfolgt 2018 mit dem Schwerpunkt **Ortszentrum und ehemaliger Kurpark**, die beiden Quartiere Schulkomplex Hahner Straße und Bahnhofsgelände werden in den nächsten Jahren folgen. Den Erwerb des **Bahnhofsgeländes** am 01.03.2017, den die CDU-Fraktion schon seit Jahren fordert, begrüßen wir ausdrücklich, weil wir hier die Chance sehen, ein zukunftsweisendes, optisch und baulich ansprechendes Konzept zur Attraktivitätssteigerung des Ortes zu etablieren. Geplant ist die Umgestaltung des Bahnhofsgebäudes unter dem Titel „Treffpunkt Bahnhof - Morsbacher Integrations- und Begegnungshaus“, wo gemeinnützige Einrichtungen und eine Hausmeisterwohnung Platz finden sollen. Für das ehemalige Empfangsgebäude werden Gelder aus einem Sonderförderprogramm des Landes akquiriert. Die Güterhalle soll als Ausstellungsfläche dienen, während die Gleisanlagen erhalten und auf das Mindestmaß einer touristischen Bahnnutzung reduziert werden. Eine für das IHK-Projekt eingesetzte Baukommission begleitet und überwacht die Maßnahmen am **Schulzentrum**, was der Lenkungskreis für die anderen Standorte übernimmt. Der Löwenanteil des Förderprogramms fließt in das Schulzentrum zur Optimierung der Bereiche energetische Sanierung, Brandschutz und Barrierefreiheit. Für 2018 ist die energetische Sanierung der Turnhalle B angedacht.

Am Beispiel des IHK-Programms zeigt sich die Notwendigkeit, **Fördermittel** frühestmöglich zu identifizieren, zu prüfen und zu beantragen, um eine Teilnahme mit der höchstmöglichen Fördersumme zu realisieren. Für das strategische IHK-Konzept betrug die frühere Förderquote 70% statt der aktuellen 50%. Damit neben dem Hauptort auch die **Außenorte** weiterentwickelt werden, unterstützen wir die Zuwendungen an die Dorfgemeinschaften für die Sicherheit und Instandhaltung von 500,00 € je Spielplatz und 10.000,00 € für die Erweiterung und Erneuerung von Spielgeräten jährlich.

Die rege Bauinvestitionstätigkeit von drei **Unternehmen** vor Ort begrüßen wir als Bekenntnis zum Standort, einhergehend mit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Gewerbesteuererinnahmen. Das ehemalige Brocke-Firmengelände wurde inzwischen an Pohl Kunststofftechnik & Werkzeugbau GmbH & Co. KG aus Engelskirchen veräußert.

## Unser Blick auf 2018

### Planungen Außenorte

Als flankierendes Bauprojekt zu den Produktionserweiterungen der Unternehmen in Lichtenberg wird im Februar 2018 über das weitere Vorgehen für das **Neubaugebiets „Nürsche“** in unmittelbarer Nähe der dort neu entstehenden Arbeitsplätze entschieden. Parallel zum wachsenden Arbeitsplatzangebot und der Vermarktung der noch letzten freien Bauplätze in Morsbach müssen weitere **Wohnbauflächen** für junge Familien im Zentralort, Holpe sowie den übrigen Außenbereich entwickelt und bereitgestellt werden. Beim Erwerb eines älteren Bestandgebäudes werden jungen Familien bei Erfüllung bestimmter Bedingungen Finanzhilfen gewährt. Für Lichtenberg ist außerdem die Errichtung eines medizinischen Versorgungszentrums in Planung. Die Grundschulen der Außenorte werden baulich und energetisch ertüchtigt, in Lichtenberg wird dies auf CDU-Antrag um- und 2018 mit Mitteln des Landesförderpro-

gramms „Gute Schule“ fortgesetzt, für Holpe werden 2018 Rückstellungen für die nach erfolgter Prüfung erforderlichen Maßnahmen gebildet.

### **Organisationsuntersuchung Gemeindeverwaltung**

Für Januar 2018 werden die Ergebnisse der seit September 2017 laufenden Erhebung durch eine auf Kommunen spezialisierte Beratungsfirma vorgestellt. Wir erwarten konkrete Handlungsempfehlungen zur Optimierung der Ablauf- und Aufbauorganisation im Rathaus und Vorschläge zu entsprechendem Einsparpotenzial. Ziel ist eine serviceorientierte, bürgerfreundliche und zeitgemäße Ausrichtung, die auch Online-Lösungen für die Abwicklung von Behördenangelegenheiten vorsieht. Um die Resultate der von der Verwaltung gewünschten Prüfung in den Stellenplan mit einfließen zu lassen, wollten wir die Verabschiedung des Haushalts 2018 auf 2019 verschieben, was mehrheitlich abgelehnt wurde. Die Einstellung von 2 Auszubildenden 2018 hat die CDU-Fraktion bereits am 15.11.2016 beantragt.

### **Straßenzustandskataster**

Der schlechte Zustand vieler Gemeindestraßen und die beitragspflichtige Erneuerung nach Kommunalabgabengesetz (KAG) von Anliegerstraßen ist schon lange ein Thema. Während Unterhaltung und Instandsetzung der Gemeindestraßen eine ureigene Aufgabe der Kommune ist, sind Neubau, Erweiterung und Erneuerung beitragspflichtige Maßnahmen. Die CDU-Fraktion beantragt die Ausarbeitung und Pflege eines Straßenzustandskatasters für das gemeindeeigene Straßennetz von 150 km. Die im Haushalt eingestellten Kosten sind für 2019 mit einer Summe von 100.000,00 € veranschlagt. Die Erfassung und Bewertung unseres Straßennetzes ist eine nachweisbare, fundierte **Entscheidungsgrundlage für die Planung von Unterhaltungs- und Erhaltungsmaßnahmen an unseren Straßen**. Zeitplanung und Reihenfolge der Unterhaltungsmaßnahmen werden für die Bürgerinnen und Bürger transparent dargestellt, der Mitteleinsatz kann gemäß dem daraus resultierenden Unterhaltungsprogramm organisiert werden. Die Nutzungszeiten bis zur erforderlichen Erneuerung der einzelnen Straße werden nachhaltig verlängert, beitragspflichtige, kostenintensive Ersatz- bzw. Neubaumaßnahmen zu Lasten der einzelnen Anlieger werden hinausgezögert und mittelfristig der Finanzeinsatz für unser Straßennetz optimiert. Erneuerungsmaßnahmen werden von den einzelnen Straßenanliegern über Beiträge finanziert und können Investiv im Haushaltsplan auf der Vermögenseite gebucht werden, was den einzelnen beitragspflichtigen Anlieger zum Wohle des Gesamthaushaltes belastet!

Unser Ziel ist der Aufbau einer **zukunftsweisenden, nachhaltigen und gerechten Straßenunterhaltung**.

Andere Fraktionen betrachten Erneuerungsmaßnahmen zu Lasten weniger Anlieger als Stärkung des Haushalts. Nach der Ermittlung des Mitteleinsatzes für ein Straßenunterhaltungsprogramm im Jahr 2020 muss dann über eine gerechte, allgemeinfinanzierte Finanzierung beraten werden. Mittelfristig wird sich der Gesamtaufwand zur Erhaltung unserer Straßeninfrastruktur reduzieren, wovon alle profitieren. Der Haushaltsansatz 2018 für Gemeindestraßen beträgt 1.080.000,00 €.

### **Schulstandort Morsbach**

Die für das Schulzentrum geplanten räumlichen Veränderungen des Integrierten Handlungskonzepts werden erst nach Vorstellung des gemeinsam mit Waldbröl erarbeiteten Schulentwicklungsplans für die Primar- und die Sekundarstufe ab Januar 2018 geplant. Das pädagogische Konzept der **Gemeinschaftsschule** als einziger weiterführender Morsbacher Schule ist zur Stärkung unseres Schulstandortes enorm wichtig.

Im Schulzentrum werden die **Turnhallen** auf ihre Auslastung bei der Nutzung überprüft, bei der Turnhalle C haben wir die Verwaltung mit einer Bedarfsanfrage bzgl. der Zuschauertribüne beauftragt. Außerdem fordern wir die Errichtung eines barrierefreien Zugangs zum **Hallenbad** mit Unterstützung von Fachleuten der Behindertenverbände. Seit Beginn des neuen Schuljahres wird in Morsbach als Niederlassung des **Berufskollegs Oberberg** berufsbildender Unterricht angeboten. Um aus diesem Pilotprojekt eine dauerhafte Einrichtung im Süden des OBK zu etablieren, hat die CDU-Fraktion die Verwaltung beauftragt, aktiv auf ortsansässige Firmen zuzugehen und das Interesse zur Ausweitung auf weitere Ausbildungsgänge zu ermitteln und die Bekanntheit dieser Bildungseinrichtung zu steigern, was für unseren Industriestandort nur vorteilhaft ist. Die Erhöhung der Elternbeiträge in der **OGS**, für die je eine Gruppe an den Standorten Morsbach und Holpe neu eingerichtet wurde, lehnen wir für 2018/2019 ab.

### **Gewährleistung der Sicherheit**

Neben dem von uns beantragten Einsatz eines Sicherheitsdienstes wird ab Januar 2018 die Ordnungspartnerschaft durch den Kreis in den oberbergischen Kommunen eingeführt, um die 2017 durch Vandalismus und Einbrüche verursachten Schäden 2018 zu minimieren. Dafür haben wir eine Überprüfung des Beleuchtungskonzepts im Schulzentrum mit dem Ziel einer angemessenen, bedarfsgerechten Ausleuchtung sowie einer Videoüberwachung mit entsprechender Kostenermittlung beantragt.

### **Fortsetzung der Digitalisierung**

Nach dem 2017 beendeten Projekt von NetCologne in Kooperation mit AggerEnergie zur Anbindung der ausgewiesenen Gemeindegebiete mit Breitband-Anschluss werden wir weiterhin die schnellstmög-

liche Versorgung der bisher nicht angeschlossenen Orte und die Akquise passender Fördermittel durch die Verwaltung verfolgen.

### **REGIONALE 2022/2025**

Bei der regionalen Strukturfördermaßnahme des Landes NRW hat das Bergische Rheinland, ein Zusammenschluss der Kreise Rhein-Berg, Rhein-Sieg und Oberberg, den Zuschlag für 2025 bekommen. Hier sehen wir für Morsbach eine große Chance, mit innovativen Ideen unsere Attraktivität und Bekanntheit zu steigern. Frühere REGIONALE-Projekte in der näheren Umgebung sind Schloss Homburg, metabolon: sowie die Kulturlandschaft Homburger Ländchen. Zu dieser Förderung haben bereits konstruktive Workshops und Veranstaltungen stattgefunden.

### **Unterstützung des Ehrenamts**

Bereits für 2017 beantragte die CDU-Fraktion, die Jugendarbeit in den Vereinen mit einer Erhöhung von Mitteln um 5.000,00 € auf 15.000,00 € im Jahr zu unterstützen. Dieser Antrag wurde für 2018 erneut mit einem Haushaltsansatz von 15.000,00 € gestellt, wobei die Mittel nach Möglichkeit aus der Gewinnausschüttung der Kreissparkasse Köln verwendet und dieser Betrag nur ggf. mit Haushaltsmitteln aufgestockt werden sollen. Die Sanierung des Feuerwehrhauses in Morsbach wird von uns befürwortet und mit Vorschlägen zur Überprüfung von Alternativen zu den vorgesehenen Maßnahmen ergänzt. Den Vorschlag zur Erhöhung der Benutzer- und Entgeltpauschale für die Kulturstätte (MAK) haben wir für die einheimischen Vereine abgelehnt.

### **Eingliederung der Geflüchteten**

Die aus ihren Heimatländern geflüchteten Menschen werden neben der Betreuung durch die Verwaltung von der Bürgerhilfe Morsbach hervorragend in ihr neues Leben begleitet und bei den unterschiedlichsten Themen unterstützt. Für ihren Einsatz gebührt diesen und allen anderen ehrenamtlich Tätigen Wertschätzung und Dank – das Ehrenamt hält als sozialer Kitt eine Gesellschaft zusammen.

### **Entwicklung der Gebühren 2018**

Bei der Abfallentsorgung werden die Sonderleistungen Sperrmüll, Elektrogeräte und sperrige Grünabfälle kostenlos angeboten. Die Kosten und Einnahmen für die Abholung werden auf die Kostenträger Rest-, Papier- und Biomüll verteilt, was in der Gesamtbetrachtung keine Änderung ausmacht. Auch 2018 wird es keine Erhöhung bei den Gebühren für den Winterdienst geben, während die Wasser- und Abwassergebühren erneut gesenkt werden.

**Danke** sagt die CDU-Fraktion der Verwaltung und speziell der Kämmererei für die Erstellung des umfangreichen Haushaltsplanentwurfs 2018, unserem Kämmerer Klaus Neuhoff danken wir für seine Teilnahme an unseren Haushaltsberatungen ganz besonders.

### **Unser Zitat für 2018**

Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.

*Hermann Hesse, deutscher Dichter und Schriftsteller (1877 - 1962)*

### **Für Ihr Interesse herzlichen Dank!**

Für die CDU-Fraktion im Gemeinderat Morsbach, 11.12.2017

Heike Lehmann